

ENDLAGERSUCHE AUF EINER WEISSEN KARTE

ENDLAGER FICHTELGEBIRGE?

Seit 2015 versucht man in Deutschland erneut ein Endlager zu finden.
Die Englagerkommission soll die geeigneten Rahmenbedingungen dazu erarbeiten.

Brigitte Artmann

www.gruene-fichtelgebirge.de

Hoch radioaktive Abfälle: Regionen wollen bei der Endlagersuche mitreden

Wie kann die Öffentlichkeit bei der Wahl eines Standortes für hoch radioaktive Abfälle beteiligt werden?

Pressemitteilung Prognos, Endlagerkommission, Grüne Fichtelgebirge vom **07.03.2016**.

Um diese Frage zu beantworten, traf sich die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ in den vergangenen vier Monaten mit LandrätInnen, BürgermeisterInnen, BürgerInnen, Bürgerinitiativen, NGOs, sowie VertreterInnen von Zwischenlager-Gemeinden. In drei Workshops erzielten rund 120 Teilnehmende aus über 80 Landkreisen und 14 Bundesländern trotz höchst unterschiedlicher kommunaler, regionaler und persönlicher Interessen bemerkenswert einmütige Ergebnisse. Laut Endlager-Kommission fließen diese in deren Empfehlungen an Bundestag und Bundesregierung ein.

In der Workshopreihe standen regionale Belange und Sichtweisen im Vordergrund. Denn das Lager hoch radioaktiver Abfallstoffe wird innerhalb Deutschlands, also in einer der 402 Kommunen, errichtet und betrieben werden. Durch die Workshopreihe konnten die Teilnehmenden heute die Grundlagen für einen Prozess legen, der Deutschland noch viele Jahrzehnte beschäftigen wird.

*Die Wunsiedler Kreisrätin Artmann hat darum gebeten, **die Bundesregierung möge ihren Atommüll-Entsorgungsplan der Europäischen Kommission zur Überprüfung vorlegen, da er illegale Staatsbeihilfen für die AKW-Betreiber enthalten könne.***

Wolfgang Müller von den Grünen Fichtelgebirge äußerte auf den Workshops Bedenken, dass ASKETA, der Vereinigung der Zwischenlager- und Standortgemeinden von Atomkraftwerken, einen Sitz als vollwertiges Mitglied im Gesellschaftlichen Begleitgremium sowie im Rat der Regionen bekommen solle, da das Interesse von ASKETA ist, so schnell wie möglich ein Endlager zu finden. Sicherheit bleibe wegen Zeitdruck auf der Strecke.

Die Teilnehmer der Grünen Fichtelgebirge übermittelten die Bitte der Endlager-Regionalkonferenz Tschechien an das Bundesumweltministerium grenzübergreifende Workshops durchzuführen.

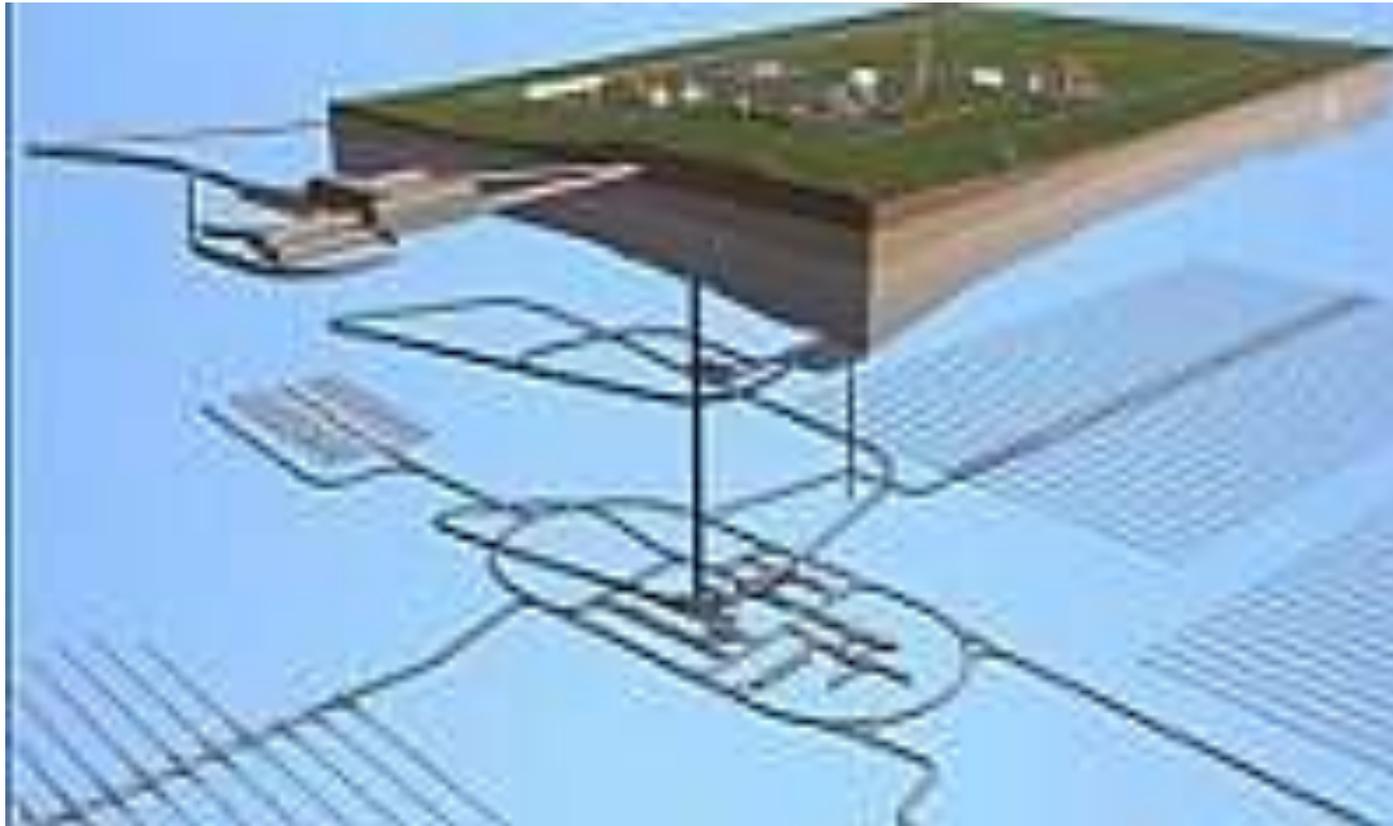
Es gibt drei im AK END bereits untersuchte Granitstandorte westliche der Grenze (Fichtelgebirge, Oberpfälzer Wald und einen Standort nördlich von Passau), sowie zwei Standorte östlich der Grenze (Lubenec/Karlsbad und Nepomuk/Pilsen). Tschechen und Deutsche hoffen auf einen grenzübergreifenden Workshop, der auch im Landratsamt Wunsiedel stattfinden könnte.

Für nähere Informationen zu den Ergebnissen der Workshop-Reihe wenden Sie sich bitte an
Jürgen Voges, Pressereferent der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe,
Tel: +49 30 227- 31316 oder per Email an: juergen.voges@bundestag.de

Die Arbeit der Endlager-Kommission können Sie auf folgender Internetseite verfolgen: www.bundestag.de/endlager.
Hier finden Sie auch Informationen zu aktuellen, anstehenden und abgeschlossenen Beteiligungsformaten.

Verantwortlich für den Text in kursiv: Brigitte Artmann, Kreisrätin/Kreisvorsitzende BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN KV Wunsiedel,
Tel +49 0923162821, Mobil +49 01785542868, brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de, www.gruene-fichtelgebirge.de

Pressemitteilung in Langform unten.



Tschechisches Atommüllendlager, Quelle Archiv SÚRAO,
7 Standorte, 2 grenznah zu Bayern

Endlagersuche und Workshops zur Öffentlichkeitsbeteiligung

- Wolfgang Müller war für die Grünen im Fichtelgebirge volle 16 Tage unterwegs. Er war an allen Veranstaltungen dabei.
- Ich war ehrenamtlich als Kreisrätin im Auftrag des Kreistages Wunsiedel an einigen Workshops dabei.
- Wir erfuhren zufällig von diesen Veranstaltungen. Jedes der 402 Landratsämter in Deutschland erhielt eine Einladung und sollte die Öffentlichkeit informieren. Tat das aber nicht.
- Unter den 120 Teilnehmern der von Prognos im Auftrag der Endlagerkommission durchgeführten Workshops waren circa 25 „normale“ Menschen, die nicht zur Atomindustrie, zu e.on, RWE, AKW-Standort-Kommunen oder Behörden gehörten. Selbst der Aufsichtsratsvorsitzende von e.on, Bernhard Fischer, war als Vertreter der Öffentlichkeit dabei. Er ist als solches auch Mitglied der Endlagerkommission.
- Inwieweit die Ergebnisse der Workshops und der anderen Tagungen, an denen wir auch teilnahmen, tatsächlich einfließen werden in den Abschlussbericht der Endlagerkommission - und ob die Bundesregierung dann dem Ganzen zustimmen wird - ist völlig offen. Es kann auch sein, dass alles nur Alibifunktion hatte.
- Wir informieren Sie hier nach besten Wissen und Gewissen. Nun ist diese Region, sind die Menschen, Politiker und die Medien gefragt sich einzubringen und wachsam zu sein.

Wie geht es nun weiter?

- Am 05. Juli 2016 wird die Endlagerkommission ihren Abschlussbericht vorlegen.
- Anfang 2017 erwartet man den Beginn der Öffentlichkeitsarbeit in den 402 Landkreisen.
- Man sucht ein Endlager Untertage.
- 2025 soll ein Standort feststehen. 2050 soll das Endlager fertig sein. Dieser Zeitrahmen ist fraglich.
- Junger Vulkanismus, Erdbeben, brüchiger Granit, das alles wissen die bisherigen Endlagersucher auch.
- Das Fichtelgebirge ist dennoch in der Endlagersuche dabei.
- **Jedes der drei Wirtsgesteine Salz, Tonschiefer oder Granit hat Mängel.**
- Es gibt ihn nicht, den sichersten Ort der Welt, der „Into Eternity“ die Menschheit vor den nuklearen Schandtaten schützt, die in den vergangenen 60 Jahren begangen wurden.
- Aber es wird in einem der 402 Landkreise ein Endlager geben.







Zusammenfassung der Arbeitsgruppe vor dem 120 Personen-Gremium.



Verpflichtung
Kommunikation
-Anforderung

Ein Dialog = 2 Phasen

1. Phase: **hinterfragen**
nachfragen, nachhaken, nachhören, nachdenken, nachfragen, nachhaken, nachhören, nachdenken

2. Phase: **respektieren**
respektieren, respektieren, respektieren, respektieren, respektieren, respektieren, respektieren, respektieren

3. Phase: **hilfen**
helfen, helfen, helfen, helfen, helfen, helfen, helfen, helfen

hinterfragen
nachdenken
respektieren
zuhören
reden
respektieren
helfen

hinterfragen
nachdenken
respektieren
zuhören
reden
respektieren
helfen

hinterfragen
nachdenken
respektieren
zuhören
reden
respektieren
helfen

Auf welcher Vertrauensbasis betreiben wir Endlagersuche in Deutschland?

- Die WAA kam 1985 von Gorleben nach Wackersdorf. Gorleben blieb politisch gewünschtes Endlager.
- Die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) hat mit ihren Gesellschaftern, darunter die **Saarberg Interplan Uran GmbH** den Endlagerstandort Gorleben erkundet und ist auch bei der heutigen Öffentlichkeitsbeteiligung dabei.
- Am 31. Mai 1989 wurden die Bauarbeiten an der WAA eingestellt, nachdem der Energiekonzern VEBA (heute e.on) als wichtigster Anteilseigner der zukünftigen Betreibergesellschaft mit der **COGEMA**, der Betreiberfirma der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, am 3. April einen Vertrag zur Kooperation unterzeichnet hatte. (Quelle Wikipedia)
- Die **Saarberg Interplan Uran GmbH** hat die **Zeche Christa in Großschloppen** betrieben.
- Vorbesitzer war 1980 die Esso Erz.
Esso gehört heute zu EXXON. Damals Esso Deutschland, vorher Deutsch-Amerikanische Petroleum Gesellschaft (DAPG).
- Letzter Besitzer der **Zeche Christa** war die **COGEMA**, die heute Areva heißt. Unter dem Namen **COGEMA** betreibt man immer noch La Hague. Die **COGEMA** schloss 1988 die **Zeche Christa**.
- Prof. Dr. Armin Weiss, der Frontmann gegen die WAA, sagte damals, man suche ein Endlager im Fichtelgebirge.
- **Wer heute behauptet, wir sollen „das Endlager nicht herbei reden“, ist naiv - oder hat völlig andere Interessen.**
- Man suchte damals übrigens auch in einem Geheimprojekt nach einer Möglichkeit Tritium-haltige Abwässer der WAA in große Tiefen zu verpressen. Unterlagen liegen uns vor.
- Der AK End suchte bis 2002 ein Endlager auf einer weißen Landkarte. Das Fichtelgebirge war dabei. Ergebnis war die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung und die untertägige Erkundung von mindestens zwei Standorten. Die Politik blieb bei Gorleben.

Ein paar Links zur Zeche Christa und deren Betreibern und Netzwerken

<http://www.atommuellreport.de/daten/uranbergbau-grossschloppen.html>

<http://antiatomwf.blogspot.com/2010/02/dbe-deutsche-gesellschaft-zum-bau-und.html>

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=6429>

Atom-Multis verdienen am eigenen Müll

<http://www.castor.de/presse/ga/2010/25juli.html>

www.dbe.de

Zur Untersuchung werden alte Bergwerke genutzt?

Ich habe in den Medien gesagt:

In den Workshops der Endlagerkommission wurde gesagt, dass für die Untertage-Untersuchung der zwei Endlagerstandorte, die letztendlich untersucht werden sollen, **aus Kostengründen alte Bergwerke genutzt werden könnten.**

- Natürlich nur für die Untersuchung.
- NICHT als Endlager.
- Das Endlager wird ein gesonderter Bau werden.
- Eine 10 km lange Rampe in die Tiefe ist denkbar.

Der Pressesprecher der Endlagerkommission, Herr Voges, rief mich diesbezüglich an.

Seit einer (noch am gleichen Tag korrigierten) irreführenden Meldung von afp sei die Auffassung im Umlauf, die Endlagerkommission wolle eine Endlagerung in einem bereits bestehenden Bergwerk empfehlen. Die Kommission wäre - wie die Fachwelt - stets der Auffassung, dass für hoch radioaktive Abfallstoffe nur eine **Endlagerung in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Bergwerk in Betracht käme**. Zudem solle es möglich sein die hoch radioaktiven Abfallstoffe aus dem Bergwerk bei unvorhergesehenen Entwicklungen wieder zurückzuholen oder später durch den Bau neuer Schächte zu bergen.

Im Entwurf des Kapitels 6.5.3 des Kommissionsberichtes heißt es:

"Das Endlager muss in einem neu aufzufahrenden Bergwerk errichtet werden. Vorhandene alte Bohrungen dürfen den umgebenden einschlusswirksamen Gebirgsbereich in seiner Einschlussfunktion nachweislich nicht beeinträchtigen."
Zudem werden dort **bereits vorhandene Bergwerke als ein Kriterium zum Ausschluss entsprechender Gebiete** aus der Standortsuche genannt:

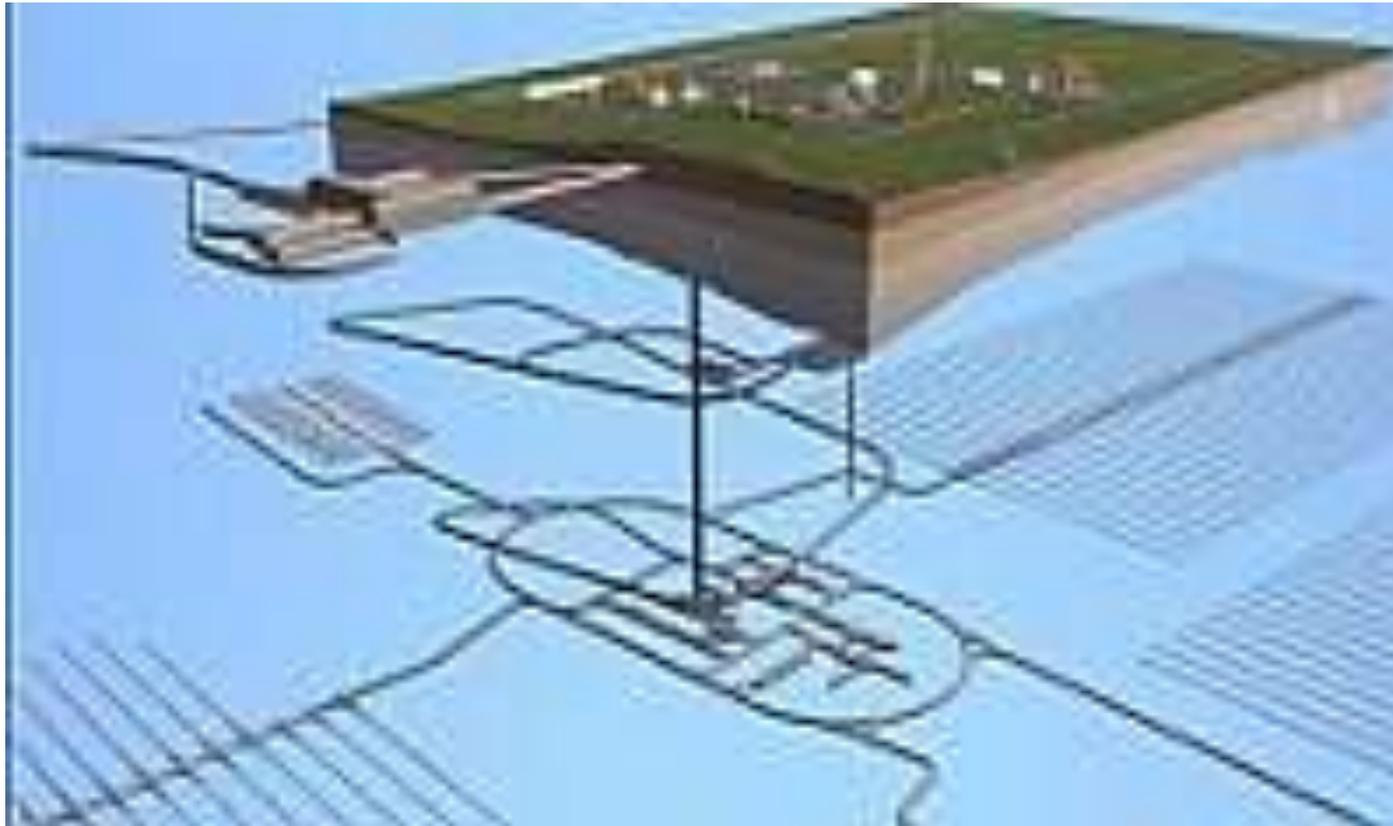
"In der Standortregion darf das Gebirge nicht durch gegenwärtige oder frühere bergbauliche Tätigkeit so geschädigt sein, dass daraus negative Einflüsse auf den Spannungszustand und die Permeabilität des Gebirges im Bereich des Endlagers und insbesondere des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches zu besorgen sind."

Man ging schon bei den ersten Planungen für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe in den 70er Jahren davon aus, dass ein Endlager für diese Abfälle nur in einem neu aufzufahrenden Bergwerk eingerichtet werden könne.

Richtig sei, dass die Kommission empfehlen wird, in die Auswahl eines Standortes für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe das gesamte Bundesgebiet einzubeziehen und dass sie **Tongesteine, Salzformationen und Kristallingesteine wie Granit als prinzipiell geeignete Gesteinsformationen** ansieht.

Mein Fazit daraus:

- Im Bereich der Zeche Christa wird es KEIN Endlager geben.
- Das Fichtelgebirge ist aber natürlich in der Endlagersuche dabei.
- Eine 10 km lange Rampe ist denkbar.
- Eingang aus dem Landkreis Hof oder Bayreuth oder Tirschenreuth wäre möglich.



Tschechisches Atommüllendlager, Quelle Archiv SÚRAO,
7 Standorte, 2 grenznah zu Bayern

Jedes der drei Wirtsgesteine Salz, Tonschiefer oder Granit hat Mängel

Salz: Die Erdoberfläche über Salz hebt sich stark in 10 bis 100 Jahren durch die Hitzeeinwirkung des Atommülls. Eine entsprechende Studie liegt der Endlagerkommission vor.

Tonschiefer: In Baden-Württemberg. Dicht besiedelt, hohes Erdbebenrisiko. Frankreich (Bure), die Schweiz und Belgien suchen auch in Tonschiefer, alle in Erdbebengebiet, von Bruchlinien umgeben. Bure hat heiße Quellen unter dem Tonschiefer.

Granit: Ist brüchig, aber Finnland hat das einzig bisher genehmigte Endlager im Granit. Schweden zieht nach. Beide direkt an der Ostsee unter Meeresniveau. Man benutzt Kupferbehälter und Bentonit. Tschechien sieht kein Problem mit Vulkanismus im Egerer Becken, Erdbeben oder Bruchlinien.

Fichtelgebirge – mögliche Ausschlusskriterien

- Junger Vulkanismus
- Schwarmbeben
- Die Fränkische Linie
- Eine Bruchlinie, die in Windischeschenbach beginnt (die Eurasische Platte schiebt sich unter die Afrikanische Platte, KTB) und am Bristol Channel beim AKW Hinkley Point endet. Erdbeben laufen sehr schnell entlang solcher Bruchlinien. London interessiert das nicht.
- BGR „Kristallin-Studie“ – Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hatte im Jahre 1994 Granit in der Auswahl. In der Studie 2007 ist Granit zu brüchig, braucht *technische Barrieren (Behälter, Bentonit-Versatz)*.
- ABER: Alles bekannt im AK End, bei Planung von WAA, Verpressung Tritium-haltiger Abwässer, damaliger Endlagersuche.

Endlager im Fichtelgebirge – BGR Studie (2007)

3. Eigenschaften potenziell geeigneter Wirtsgesteine*

Kristallingesteine (Granite und metamorphe Gesteine) zeichnen sich besonders durch ihre hohe Festigkeit und Hohlraumstabilität sowie durch ihre geringe Temperaturempfindlichkeit. Auch ihr sehr geringes Lösungsverhalten ist für die Endlagerung günstig. Während die Durchlässigkeit von kristallinen Gesteinen im ungeklüfteten Zustand meist sehr gering ist, weisen diese Gesteine in geklüftetem Zustand deutlich höhere bis sehr hohe Durchlässigkeiten auf. In diesem Fall ist der dichte Einschluss der Abfälle nur durch Hinzuziehung geeigneter, technischer Barrieren (Behälter, Bentonit-Versatz) zu gewährleisten.

5. Mindestanforderungen und Kriterien für Endlagerstandorte - *Kristallingesteine müssen wegen ihrer hohen Durchlässigkeit in klüftigen Bereichen in Deutschland ausgeschlossen werden.*

*http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Endlagerung/Downloads/Schriften/3_Wirtsgesteine_Salz_Ton_Granit/BGR_wirtsgest_dtl.html;jsessionid=4B6DC47B02ADC0949A23ED548F017CA5.1_cid331?nn=1542222



Wie kann regionale Beteiligung bei interregionaler Zusammenarbeit organisiert werden?

Grundsätze

- Region hat Recht auf Selbstbestimmung
- Effektivität und Partizipation
- Beteiligung ist Teil der Entwicklung
- Frühzeitige Information ist wichtig
- Verständnis der Rolle der Beteiligten

Formate

- Regionale Konferenzen
- Forum
- Struktur-Konzepte
- Struktur-Mechanismen
- Regionalkonferenzen über die Länder
- Beteiligung durch die Länder
- Fortsetzung der Arbeit
- Ein-Übertragung von Informationen

Offene Punkte
Eingrenzung
Standardisierung

Stimmen aus dem interregionalen Bereich

→ Kommunikationssysteme für die Region
→ Legitimierung der Information
→ von der Region zu den Akteuren
→ Politik muss durchführbar sein
→ Qualität der Arbeit und der Ergebnisse

→ Qualität der Arbeit und der Ergebnisse
→ Qualität der Arbeit und der Ergebnisse

→ Qualität der Arbeit und der Ergebnisse
→ Qualität der Arbeit und der Ergebnisse

Wolfgang Müller

Ich möchte an dieser Stelle etwas über die Teilnehmer dieser Veranstaltungen sagen. Ca. 120 bis 150 Personen. Die Zivilgesellschaft, Bürger und Bürgerinitiativen waren stets in der Minderheit. dominiert haben die Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden. Es war manchmal nicht leicht Bürgerinteressen und Transparenz festzuschreiben.

Und die Besetzung der Kommission? Die „unabhängigen Wissenschaftler“ sind es meiner Meinung nach nicht, die Zivilgesellschaft wird von Herrn Fischer (E.ON) und Herrn Jäger (ehemals RWE) vertreten. Die Kirche vertritt nicht deren Umweltbeauftragter sondern ein ehemaliger CDU Ministerpräsident. Herr Thomauske war Ex-Atom-Manager.

Auf den Tagungen waren Bergbaufirmen, Castorenbauer, Firmenvertreter vertreten, die mit der Atommüllentsorgung, Planung, Errichtung und mit dem Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe viel Geld verdienen werden. Zudem E.ON, Vattenfall, RWE und Co.

Wolfgang Müller

Wir erarbeiteten in kleinen Gruppen Antworten auf Fragen:

Wie kann in der Bevölkerung Vertrauen aufgebaut werden?

Wie ist eine verbindliche und transparente Bürgerbeteiligung möglich?

Wie setzt man die frühzeitige Beteiligung um?

Wie soll informiert werden?

Wer ist zuständig? Vetorecht Ja oder Nein? Soll der Atomausstieg unwiderruflich sein und auch gesetzlich verankert werden?

Fazit:

Was Bürgerrechte, Beteiligung und Information betrifft konnten wir einige Erfolge verzeichnen.

Wo haben wir unsere Vorschläge wiedergefunden?

Unmittelbar nach Beendigung soll ein Nationales Begleitgremium eingesetzt werden.

Regionalkonferenzen und ein Rat der Regionen spielen eine zentrale Rolle.

Frühzeitigere Beteiligung am Verfahren als bisher vorgesehen.

Ein gesetzlich geregeltes Nachprüferecht.

Wolfgang Müller

Wo nicht:

Es sollen aus Kostengründen nur 1 – 2 unertägige Untersuchungen geben.

Gefordert waren je zwei in jedem Wirtsgestein. Davon sollte der beste und sicherstes genommen werde und dann werden sie untereinander verglichen.

Der gesamte Bericht der Kommission eine Empfehlung an den Bundestag.

Weiterhin ist festzustellen, die die Kommission unter hohen Zeitdruck arbeitet.

Der Kommission ist es nicht gelungen eine breite gesellschaftliche Debatte zu schaffen oder eine Betroffenheit zu erzeugen.

Das machen erst Schlagzeilen wie: Endlager im Fichtelgebirge möglich!

Am Ende der Tagung wurde abgestimmt.

Wie zufrieden sind Sie mit den Ergebnissen der Kommission?

27,4 % unzufrieden

47,6 % keine Meinung

24,8 % zufrieden

Der endgültige Abschlussbericht der Kommission muss noch einmal in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Das fordern die BI's und Teilnehmer Zivilgesellschaft, nach der Konsultation in Berlin.

Wolfgang Müller

Abschließend noch etwas zu Granit: Salzstandorte sind auf den Tagungen heftig umstritten gewesen und Dauerthema. Die Befürworter und Gegner halten in etwa die Waage.

Über Ton wurde allgemein wenig gesprochen. Die Norddeutschen mit Salzstöcken halten natürlich Granit ebenso untersuchenswert wie ihre Salzgebiete.

Kein Wirtsgestein ist optimal.

Ob Schwarmbeben für Nordbayern ein Ausschlusskriterium ist oder nur ein Abwägungskriterium, darüber werden sich die Wissenschaftler und Gutachter auseinandersetzen. Und das Land Bayern wird kein Vetorecht erhalten.

In einer Arbeitsgruppe mit Fachleuten nach der Größe eines Endlagers in Granit gefragt, war die Antwort, dass man etwa 10 x 10 km benötigt und die Nachfrage ob das im Fichtelgebirge umsetzbar wäre, kam als Antwort: Das bekommen wir mehrmals hinein!



Hoch radioaktive Abfälle: Regionen wollen bei der Endlagersuche mitreden - Pressemitteilung

Berlin, Fichtelgebirge. 07.03.2016. Eine Workshopreihe der zuständigen Endlager-Kommission von Bundestag und Bundesrat endet mit einem ungewöhnlich breiten Konsens der Teilnehmenden aus Kreisen und Kommunen. Von Politik und Kommission fordern sie, die Öffentlichkeit bei der anstehenden jahrzehntelangen Suche nach einem Standort für ein atomares Endlager möglichst breit und frühzeitig einzubinden.

Wie kann die Öffentlichkeit bei der Wahl eines Standortes für hoch radioaktive Abfälle beteiligt werden? Um diese Frage zu beantworten, traf sich die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ in den vergangenen vier Monaten mit LandrätInnen, BürgermeisterInnen, BürgerInnen, Bürgerinitiativen, NGOs, sowie VertreterInnen von Zwischenlager-Gemeinden. In drei Workshops erzielten rund 120 Teilnehmende aus über 80 Landkreisen und 14 Bundesländern trotz höchst unterschiedlicher kommunaler, regionaler und persönlicher Interessen bemerkenswert einmütige Ergebnisse. Laut Endlager-Kommission fließen diese in deren Empfehlungen an Bundestag und Bundesregierung ein.

In der Workshopreihe standen regionale Belange und Sichtweisen im Vordergrund. Denn das Lager hoch radioaktiver Abfallstoffe wird innerhalb Deutschlands, also in einer der 402 Kommunen, errichtet und betrieben werden. Durch die Workshopreihe konnten die Teilnehmenden heute die Grundlagen für einen Prozess legen, der Deutschland noch viele Jahrzehnte beschäftigen wird. Seit ebenso vielen Jahrzehnten aber spaltet die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Atomenergie und ihren Hinterlassenschaften die verschiedenen Akteure und die Gesellschaft. Die Workshopreihe hat sich als ein gutes Forum erwiesen, solche Gräben zu überwinden. Die Teilnehmenden erarbeiteten zunehmend sachorientiert, ergebnisoffen vor allem aber gemeinschaftlich die Voraussetzungen und Anforderungen für das Standortauswahlverfahren.

„Die Ergebnisse wurden überwiegend im Konsens erzielt. Das ist ein großer Erfolg bei einem so konflikträchtigen Thema. Ich habe den Eindruck, alle haben sich verantwortlich gefühlt, einen Beitrag zur Lösung des historischen Problems zu leisten“, so Projektleiterin Helma E. Dirks von der Prognos AG, die von der Endlager-Kommission mit der Moderation und Organisation der Workshops beauftragt war. Die Ergebnisse hat Prognos in einer Gesamtdokumentation zusammengestellt.

Bereits nach den ersten Gesprächen war klar: Das Interesse der Regionen, aktiv beteiligt zu werden, ist groß. Beim ersten Workshop am 12. Oktober 2015 entstand die Forderung nach einem „Rat der Regionen“ – einem Gremium, das die regionalen Interessen in dem Jahrzehnte dauernden Suchprozess vertreten soll. Bis ein solcher Rat einberufen wird, möchten die Teilnehmenden, die Workshops für Regionen fortsetzen. Sobald mögliche Standorte für ein Endlager erkundet werden, sollen in diesen Gebieten zudem Regionalkonferenzen für kommunale VertreterInnen, Verbände, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Vor allem die planerischen Kriterien, die beim Vergleich mehrerer Standorte wichtig werden, sollten nicht in regionaler Verantwortung liegen, sondern auf Bundesebene abgewogen werden, so eine weitere Forderung.

Als lokale TeilnehmerInnen aus Nordost-Oberfranken waren für das Landratsamt Wunsiedel Thomas Edelmann, sowie für den Kreistag Brigitte Artmann als grüne Fraktionsvorsitzende bei den Workshops dabei. Für die Grünen im Fichtelgebirge nahmen Wolfgang Müller und Thomas Hecht teil. Brigitte Artmann, die auf den Workshops die Zusammenfassung der Resultate einer der Arbeitsgruppen der Workshops übernommen hatte, zollte dem Versuch mit Workshops eine annehmbare Öffentlichkeitsbeteiligung zu finden durchaus Respekt.

*Miteinander reden bringt immer neue Erkenntnisse und korrekte Öffentlichkeitsbeteiligung ist äußerst wichtig, sagt die Wunsiedler Kreisrätin. Artmann hat heute aus den Erkenntnissen dieser Workshops heraus Frau Umweltministerin Hendricks darum gebeten, **dass die Bundesregierung ihren Atommüllentsorgungsplan der Europäischen Kommission zur Überprüfung vorlegen möge, da er illegale Staatsbeihilfen für die AKW-Betreiber enthalten könne in Form von Kosten, die der Steuerzahler für die Atommüllentsorgung übernehmen muss.***

Wolfgang Müller von den Grünen Fichtelgebirge äußerte auf den Workshops Bedenken, dass ASKETA, der Vereinigung der Zwischenlager- und Standortgemeinden von Atomkraftwerken, einen Sitz als vollwertiges Mitglied im Gesellschaftlichen Begleitgremium sowie im Rat der Regionen bekommen solle. Er sagt: „Das Interesse von ASKETA ist so schnell wie möglich ein Endlager zu finden, da bleibt die Sicherheit auf der Strecke, denn da entsteht Zeitdruck.“

Außerdem hatten sich die Teilnehmer der Grünen Fichtelgebirge auf Bitten der Endlagersuche-TeilnehmerInnen in Tschechien an das Bundesumweltministerium gewandt auch grenzübergreifende Workshops durchzuführen. Es gibt drei im AK END bereits untersuchte Granitstandorte westliche der Grenze (Fichtelgebirge, Oberpfälzer Wald und ein Standort nördlich von Passau), sowie zwei Standorte östlich der Grenze (Lubenec/Karlsbad und Nepomuk/Pilsen). Tschechen und Deutsche hoffen auf einen grenzübergreifenden Workshop, der auch zum Beispiel im Landratsamt Wunsiedel stattfinden könnte.

Für nähere Informationen zu den Ergebnissen der Workshop-Reihe wenden Sie sich bitte an
Jürgen Voges, Pressereferent der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe,
Tel: +49 30 227- 31316 oder per Email an: juergen.voges@bundestag.de

Die Arbeit der Endlager-Kommission können Sie auf folgender Internetseite verfolgen: www.bundestag.de/endlager.
Hier finden Sie auch Informationen zu aktuellen, anstehenden und abgeschlossenen Beteiligungsformaten.

Verantwortlich für den Text in kursiv: Brigitte Artmann, Kreisrätin/Kreisvorsitzende BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN KV Wunsiedel, Tel +49 0923162821, Mobil +49 01785542868, brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de, www.gruene-fichtelgebirge.de



Danke für Ihre Aufmerksamkeit